

POLICY BRIEF

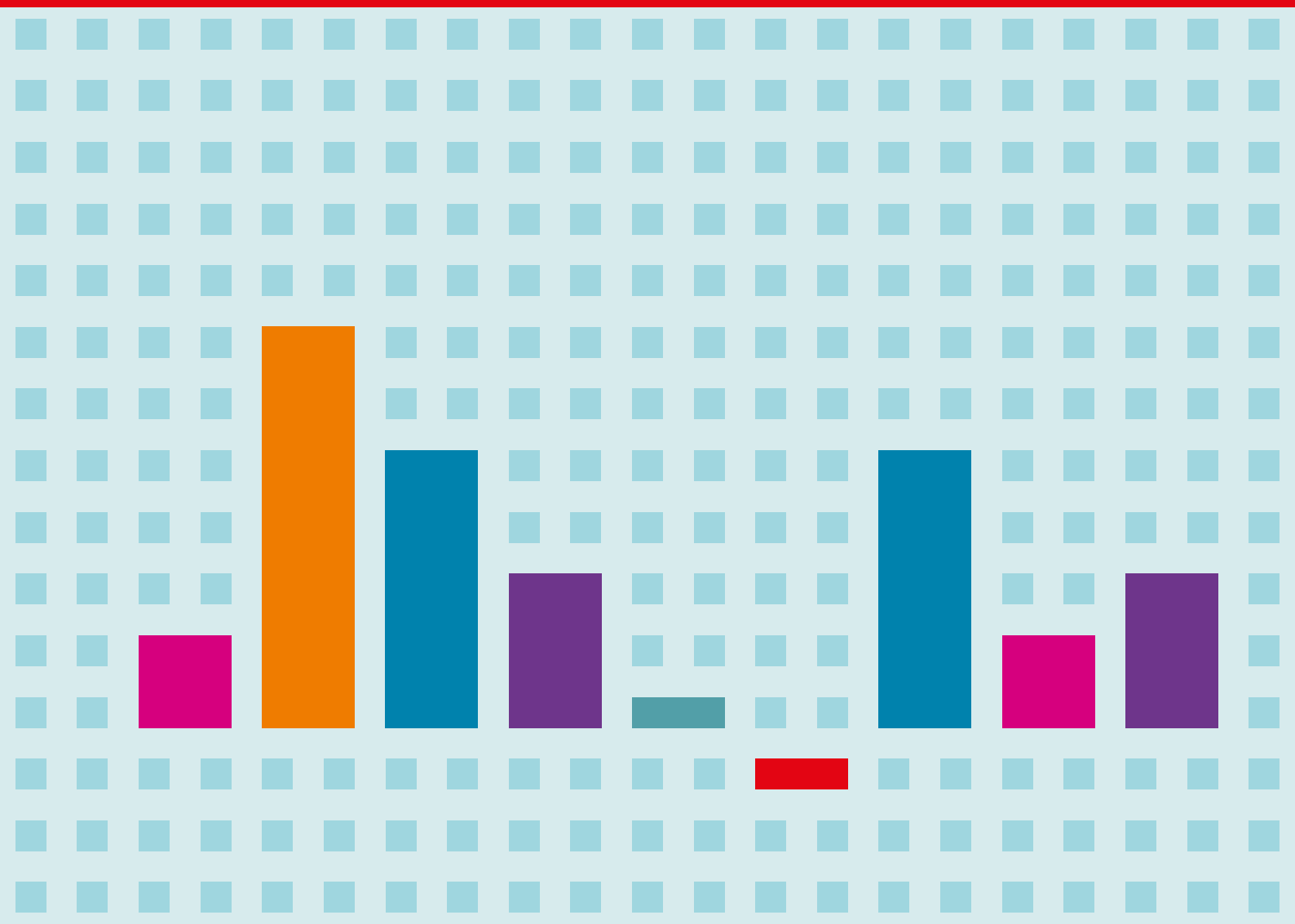
IMK Policy Brief Nr. 183 · Dezember 2024

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK INFLATIONSMONITOR

**Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %,
haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander**

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %, haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander

Silke Tober¹

Zusammenfassung

Die Inflationsrate in Deutschland stieg im November 2024 wie erwartet leicht an und lag mit 2,2 % etwas über dem Inflationsziel der EZB. Grund hierfür war insbesondere, dass die Energiepreise erneut weniger stark zurückgingen als im Vormonat (-3,7 % nach -5,5 % im Oktober 2024). Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak erhöhte sich erneut leicht von 2,8 % im Oktober 2024 auf 2,9 %, wobei der Preisanstieg bei Dienstleistungen unverändert 4,0 % betrug.

Damit lagen die Verbraucherpreise im November 2024 um 20,5 % höher als fünf Jahre zuvor. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich dabei um 36,7 %, Olivenöl und Butter sogar um 85,4 % bzw. 59,7 %. Energie war trotz erheblicher Preisrückgänge seit den Höchstständen zuletzt noch 37,1 % teurer, darunter Erdgas mit 86,8 %. Deutlich weniger stark verteuerten sich in den vergangenen fünf Jahren mit 16,6 % Dienstleistungen und mit 15,3 % Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak.

Der Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) verharrte bei 2,4 % und die HVPI-Kernrate verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 3,1 %. Beide Raten lagen höher als im Euroraum insgesamt.

Die Inflationsraten der neun hier betrachteten Haushaltstypen in verschiedenen Einkommensklassen lagen im November 2024 zwischen 1,6 % und 2,2 %. Einkommensschwache Familien hatten die niedrigste Inflationsrate, aber zugleich die zweithöchste Teuerungsrate seit November 2019 (20,8 %). Am höchsten war im November 2024 – wie bereits seit Februar 2024 – die Inflationsrate für einkommensstarke Alleinlebende, die allerdings über den Fünf-Jahres-Zeitraum die geringste Teuerung erlebten (18,7 %).

Da die Inflation mittlerweile unter Kontrolle ist, während die Wirtschaft im Euroraum schwächelt und in Deutschland stagniert, sind eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch öffentliche Investitionen und ein Ende der geldpolitischen Restriktion erforderlich. Die Zinssenkung der EZB Mitte Dezember 2024 war ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Aktuell sind die Leitzinsen aber noch auf einem Niveau, das die Wirtschaft dämpft, so dass die Zinsen im kommenden Jahr zügig weiter gesenkt werden sollten.

¹ Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

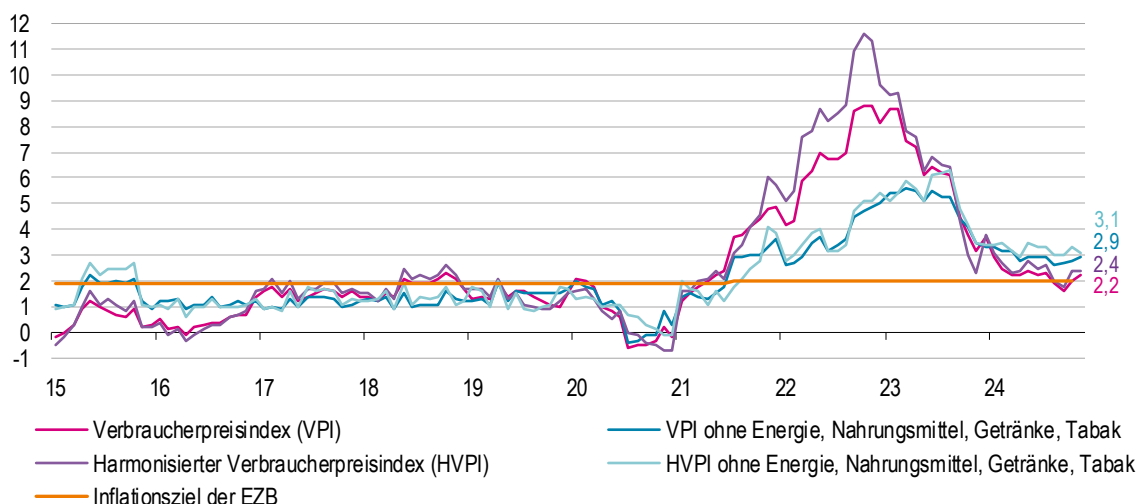
Anstieg der Nahrungsmittelpreise etwas schwächer

Die Inflationsrate in Deutschland war im November 2024 mit 2,2 % wie erwartet höher als im Vormonat (2,0 %). Entscheidend war, dass der Rückgang der Energiepreise mit -3,7 % geringer ausfiel (Oktober 2024: -5,5 %). Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren war mit 2,8 % etwas schwächer als im Oktober 2024 (3,1 %). Die Teuerung bei Dienstleistungen verharrte bei 4,0 %. Dennoch erhöhte sich die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak leicht von 2,8 % auf 2,9 % (Abbildung 1),² da die Preise der Waren in der Kernrate etwas stärker zulegten als zuvor (1,0 %).

Die Teuerungsrate von Nahrungsmitteln im engen Sinne hat sich im November auf 1,8 % abgeschwächt, nachdem sie zuvor sieben Monate gestiegen war (Oktober 2024: 2,3 %). Auch die Teuerungsrate von alkoholfreien Getränken (von 6,8 % im Oktober 2024 auf 6,6 % im November 2024) und Alkohol (1,2 % nach 1,4 %) schwächten sich ab, während die Tabakpreise erneut beschleunigt anzogen (von 6,6 % auf 6,8 %).

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland Januar 2015 – November 2024

Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Ein Grund für den Anstieg der Nahrungsmittelpreise sind die globalen Agrarrohstoffpreise, die im November 2024 5,7 % höher waren als ein Jahr zuvor. Im September 2024 hatten die Weltmarktpreise für Lebensmittel erstmals höher gelegen als im Vorjahresmonat (2,4 %³), nachdem sie zuvor 20 Monate lang rückläufig gewesen waren. Im November 2024 waren die globalen Nahrungsmittelpreise 29,8 % teurer als im November 2019 (Abbildung 2).

² Die vom Statistischen Bundesamt (Destatis) veröffentlichte Kernrate erhöhte sich auf 2,9 % nach 2,8 % im Oktober 2024. Das Statistische Bundesamt lässt dabei neben Energie nur Nahrungsmittel im engeren Sinne unberücksichtigt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel im weiten Sinne und damit einschließlich von Getränken und Tabakwaren herausgerechnet werden.

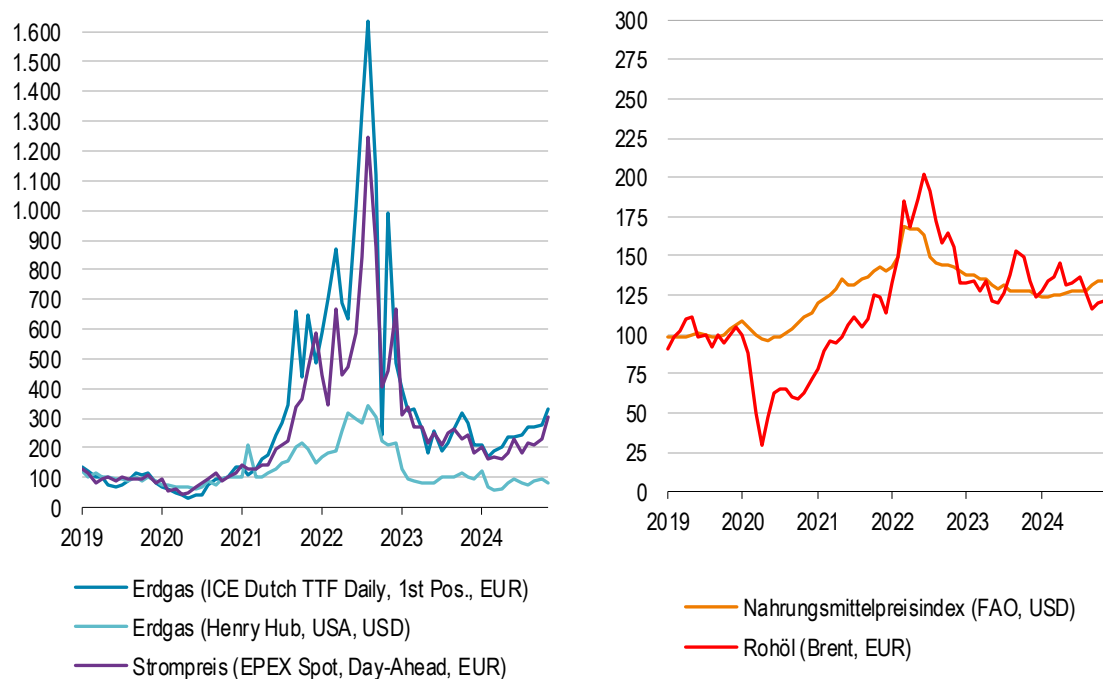
³ Die FAO hat den Indexwert für September 2024 mit der Veröffentlichung der Novemberzahlen abemals revidiert; zuvor ergab sich ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 2,6 %. Revisionen sind für die Vergangenheit nicht nachvollziehbar und die Tatsache, dass revidiert wurde, ist auf folgender Webseite nur bis zur nächsten Veröffentlichung am 3. Januar ersichtlich, <https://www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/en>.

Die in den vergangenen Monaten besonders stark steigenden Nahrungsmittelpreise im Verbraucherpreisindex hatten zwar auch im November 2024 noch hohe Anstiege zu verzeichnen, allerdings teilweise deutlich abgeschwächt, insbesondere Olivenöl – 13,3 % nach 28,1 % im Oktober 2024 und einem Rückgang gegenüber dem Vormonat von 7,2 % – und „Kürbisse, Auberginen und Mais“ – 12,5 % nach 27,1 % im Oktober und einem Rückgang gegenüber dem Vormonat um 16,9 %. Der Teuerung schwächte sich bei Butter leicht ab auf 38,9 % (Oktober 2024: 39,7 %) und bei Orangensaft auf 17,9 % (Oktober 2024: 19,0 %). Gurken waren im November 2024 sogar 22 % billiger als ein Jahr zuvor, nachdem sie im Oktober 2024 34,5 % teurer waren.

Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichneten 55 der insgesamt 168 Nahrungsmitteln im November 2024, besonders stark Zucker (-23,0 %), die erwähnten Gurken, Stangenspargel oder andere Gemüsekonserven (-9,6 %), Zwiebeln, Knoblauch und Ähnliches (-9,3 %), Süßstoff (-8,2 %), Sonnenblumenöl, Rapsöl oder Ähnliches (-7,9 %), Toastbrot (-7,3 %) und Weizenmehl (-6,7 %).

Trotz des Preisrückgangs gehören Sonnenblumenöl und Ähnliches zu den Produkten mit der höchsten Teuerungsrate in der mittelfristigen Betrachtung. Allein seit November 2021 stieg der Preis um 39,6 %, der Preis von Weizenmehl sogar um 48,3 %. Brötchen, die neben Mehl viel Energie in der Produktion erfordern, verteuerten sich um 26,3 % und Kuchen, der darüber hinaus Zucker und Speiseöle oder -fette benötigt, sogar um 40,4 %. Im selben Zeitraum stieg der Preis für Olivenöl infolge von Dürre und Bränden um 82,6 %. Der Preis von Butter ist seither um 48,8 % gestiegen, zuletzt auch wegen eines Rückgangs der Milchkuhhaltung und der Blauzungenkrankheit.

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise
Index 2019=100, Januar 2019 – November 2024



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration;
Berechnungen des IMK.



In dieser tiefen Gliederung gehen die Zeitreihen des Statistischen Bundesamts nur bis 2020 zurück, und November 2020 ist ein ungünstiger Vergleichszeitpunkt, da in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von 7 % auf 5 % herabgesetzt war (und für andere Waren und Dienstleistungen von 19 % auf 7 %).

In der längeren Betrachtung ab November 2019 – also vor dem Beginn der Pandemie und den darauffolgenden Krisen – ist Olivenöl Spitzenreiter bei der Teuerung mit 85,4 %, gefolgt von Kondensmilch mit 65,6 %, Butter mit 59,7 %, Sonnenblumenöl und Ähnliches mit 58,3 % und Schmalz oder anderem tierischen Speisefett mit 54,3 %. Teigwaren waren 51,7 % teurer als vor fünf Jahren, tiefgefrorenes Gemüse ohne Kartoffeln um 50,6 %, Frucht- und Gemüsesäfte um 49,4 %, konserviertes Gemüse um 48,2 %, Soßen, Würzen und Würzmittel um 46,9 %, Kakaopulver um 46,2 %, Mehl und andere Getreideerzeugnisse wie auch Backwaren außer Brot und Brötchen um 45,0 % und teilentrahmte Milch um 44,8 %.

In dieser groben Gliederung gab es über den Fünfjahreszeitraum hinweg keine Preisrückgänge, und der Preisanstieg für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke betrug insgesamt 36,7 %. Wären die Preise im Durchschnitt um 2 % im Jahr gestiegen – was dem Inflationsziel der EZB entspricht –, hätten sich die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um insgesamt 10,4 % verteuert.

Energiepreise dämpfen Inflation etwas weniger stark

Die Energiepreise waren im November 2024 mit -3,7 % zwar weniger stark rückläufig als im September 2024 (-5,5 %), verringerten die Inflationsrate aber noch um 0,4 Prozentpunkte. Unter den drei großen Energieträgern für Haushaltsenergie verringerte sich der Preis für Heizöl mit -9,8 % am stärksten (Oktober 2024: -10,4 %), gefolgt von Strom mit -4,1 % (Oktober 2024: -5,5 %) und Erdgas mit -2,7 % (Oktober 2024: -4,6 %).⁴ Fernwärme verteuerte sich um 30,7 %. Insgesamt war Haushaltsenergie im November 2024 1,8 % günstiger als ein Jahr zuvor. Kraftstoffe verbilligten sich mit -6,6 % noch stärker, aber erneut weniger stark als im Vormonat (Oktober 2024: -8,9 %).

Damit lagen die Energiepreise zwar deutlich unter ihren Höchstständen von 2022, aber insgesamt um 37,1 % höher als im November 2019, darunter Haushaltsenergie um 47,8 % und Kraftstoffe um 23,1 %. Am höchsten war der Preisanstieg in dem Fünfjahreszeitraum bei Kohlebriketts (95,6 %), gefolgt von Erdgas (86,8 %), Fernwärme (76,6 %), Flüssiggas (68,2 %), Brennholz und Holzpellets (38,7 %), Strom (29,6 %) und Heizöl (28,0 %).

Kernrate mit 2,9 % den dritten Monat in Folge etwas höher

Der etwas höhere Anstieg der Kernrate ist diesmal nicht auf die Dienstleistungspreise zurückzuführen, da deren Anstieg unverändert bei 4,0 % lag, sondern auf den stärkeren Anstieg der Preise

⁴ Einschließlich der Betriebskosten von Zentralheizungen. Betrachtet man nur die Haushalte mit eigenem Gasanschluss bzw. eigener Ölheizung wie in den Pressemitteilungen von Destatis, betrug die Teuerungsrate im November 2024 2,5 % bei Erdgas und -12,5 % bei Heizöl.

für Waren in der Kernrate (alle Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren). Sie stiegen um 1,0 % und damit um 0,2 Prozentpunkte stärker als im Oktober 2024.

Bei den Dienstleistungspreisen, die einen Anteil von 65,2 % an der Kernrate haben, deutet sich weiterhin eine breitangelegte Abschwächung von hohem Niveau aus an, während es bei einigen Dienstleistungen einen zum Teil deutlichen Anstieg der Teuerung gab.

Am stärksten schnellte die Teuerungsrate bei Flügen empor, von 3,6 % im Oktober 2024 auf 10,4 % im November 2024. Ebenfalls deutlich erhöhten sich die Beiträge für die Haftpflicht- und die Rechtsschutzversicherung von 2,2 % bzw. 2,3 % auf 6,6 %. Besonders kräftig und erneut höher fiel mit 34,8 % der Preisanstieg bei Kfz-Versicherung aus (Oktober 2024: 32,1 %). Ebenfalls hoch und höher als im Vormonat war der Preisanstieg bei den Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (8,0 %), und dabei insbesondere die Aufwendungen für Altenwohnheime und die stationäre Pflege für privat Versicherte.

Billiger als ein Jahr zuvor waren im November 2024 Bahntickets (-1,5 % nach 6,1 % im Oktober 2024). Abgeschwächt hat sich die Teuerung beispielsweise bei Pauschalreisen (3,7 % nach 5,8 %), bei Übernachtungen (2,7 % nach 3,8 %), Reiseversicherungen (11,7 % nach 12,3 %), Freizeit- und Kulturdienstleistungen (1,9 % nach 2,2 %), Friseurleistungen und anderen Dienstleistungen für die Körperpflege (3,4 % nach 3,6 %), im Bildungswesen (5,1 % nach 5,2 %) und bei Gaststätten (6,7 % nach 6,8 %).

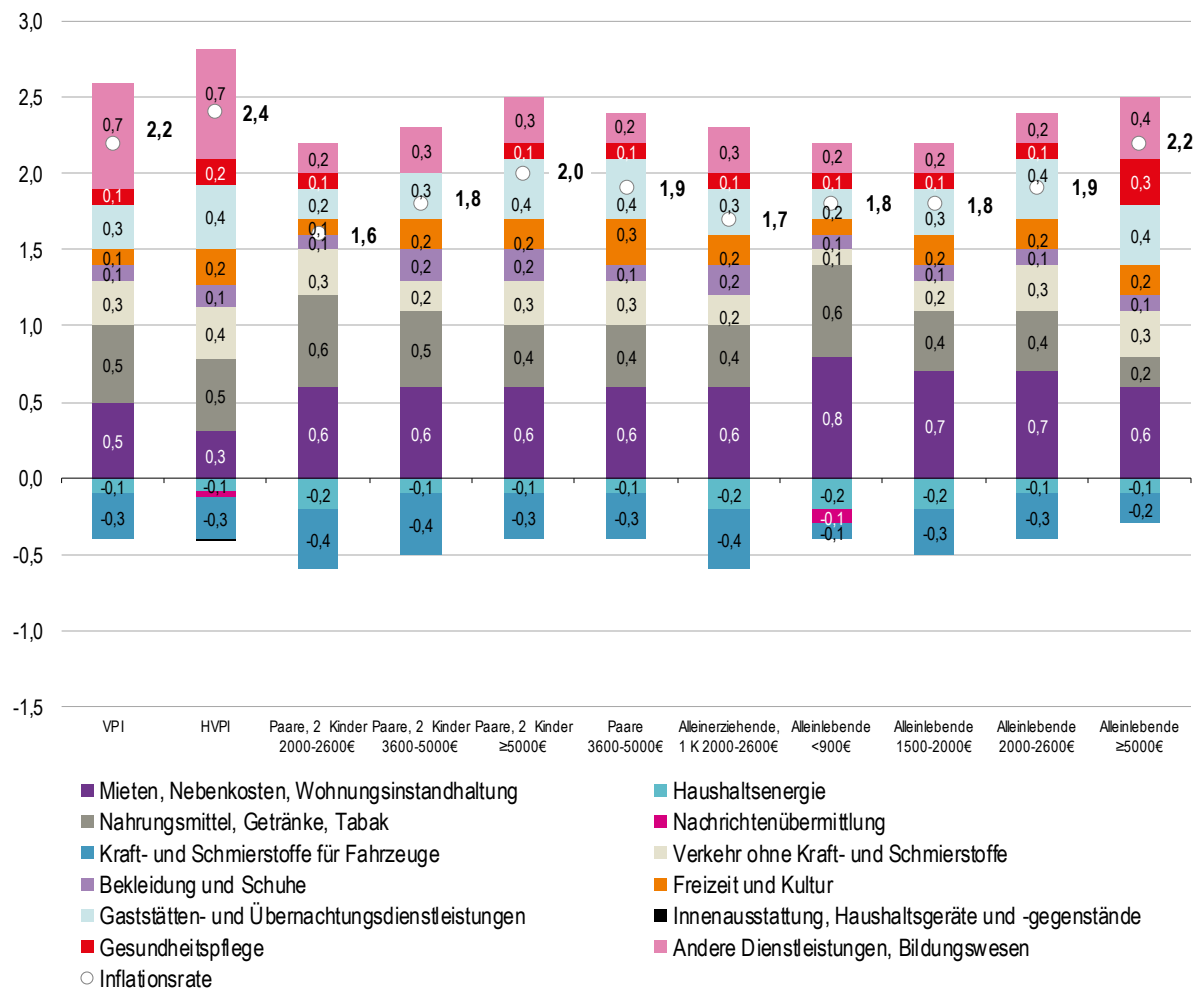
Im Vergleich zu November 2019 verteuerten sich Dienstleistungen um 16,6 % und Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Getränke und Tabak um 15,3 %, und damit deutlich weniger stark als Energie und Nahrungsmittel im weiten Sinne. Dabei sanken beispielsweise die Preise für Bahntickets um 14,7 %, für den öffentlichen Nahverkehr um 16,2 % und für Telefone sowie andere Geräte für die Kommunikation um 10,4 %. Demgegenüber stiegen die Preise für Flugreisen um 43,7 %, für Zeitungen und Zeitschriften um 28,9 % sowie für Veterinär- und andere Dienstleistungen für Haustiere um 37,5 %. Ebenfalls stark überdurchschnittlich legten die Preise für Dienstleistungen zur Instandhaltung der Wohnung (49,1 %) zu, für Gaststätten-dienstleistungen (31,6 %), für Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (32,2 %), für Übernachtungen (24,0 %) und für Pauschalreisen (46,5 %). Der Begriff Pauschalreisen ist dabei irreführend, da es sich um alle Reisen handelt, bei denen mehr als eine Reiseleistung zusammen gebucht wird, beispielsweise Flug und Mietwagen. Rund ums Auto wurde es ebenfalls deutlich teurer: Die Preise für Pkw stiegen seit November 2019 um 27,3 %, darunter Gebrauchtwagenpreise um 40,7 %, die Preise für Ersatzteile und Zubehör um 21,5 %, für Wartung und Reparatur um 32,3 % und für Versicherungen für private Fahrzeuge um 48,8 %.⁵

⁵ Der kräftige Anstieg der Versicherungspreise für private Fahrzeuge um nahezu 50 % seit 2019 ist schwer mit den oben genannten Preissteigerungen bei Pkw, bei Ersatzteilen sowie bei der Wartung und Reparatur von Fahrzeugen in Einklang zu bringen, selbst unter Berücksichtigung erhöhter Reparaturkosten im Schadensfall infolge technologischer Neuerungen, der gestiegenen Entlohnung im Versicherungsgewerbe und höherer medizinischer Kosten. Das wirft die Frage auf, ob die Versicherungsunternehmen übermäßig auf eine Aufforderung der Finanzaufsicht BaFin Ende 2023 reagiert haben, die Prämien zu erhöhen (BaFin 2023).

Gemischtes Bild bei haushaltsspezifischer Teuerung seit 2019

Die Inflationsraten der neun im IMK Inflationsmonitor monatlich betrachteten Durchschnittshaushalte (siehe Anhang) lagen im November 2024 zwischen 1,6 % und 2,2 %. Abbildung 3 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge der 12 zusammengefassten Ausgabenpositionen zu der jeweiligen Inflationsrate sowie zum Anstieg des nationalen und des harmonisierten Verbraucherpreisindex.⁶

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im November 2024
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



⁶ Die 30 Ausgabenpositionen sind in Tabelle 2 des Anhangs wiedergegeben. Die 12 Untergruppen weichen von den 12 Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die besonders einflussreichen Gütergruppen gezielt auszuweisen. Entsprechend wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Mit dem Ziel der Übersichtlichkeit wurden dann Abteilungen 1 und 2 in die Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von durchschnittlich 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen.

Die Teuerungsrate von einkommensschwachen Familien lag mit 1,6 % am unteren Rand, da diese – wie einkommensschwache Alleinlebende – besonders stark von den rückläufigen Preisen für Haushaltsenergie profitieren, aber anders als einkommensschwache Alleinlebende auch von den gesunkenen Kraftstoffpreisen. Ebenfalls am unteren Rand war die Teuerungsrate von Familien mittleren Einkommens, und zwar sowohl von Alleinerziehenden mit Kind (1,7 %) als auch Paaren mit Kindern (1,8 %) und von Alleinlebendem mit geringem und mittlerem Einkommen (1,8 %). Paare mittleren Einkommens sowie Alleinlebende mit höherem Einkommen hatten eine Inflationsrate von 1,9 %, Familien mit hohem Einkommen eine Inflationsrate von 2,0 %. Am oberen Rand befanden sich wie bereits seit Februar 2024 einkommensstarke Alleinlebende (2,2 %).

Mit 0,6 Prozentpunkten war die Spanne der haushaltsspezifischen Inflationsraten geringfügig niedriger als im Oktober 2024. Einkommensschwache Familien liegen seit zwölf Monaten am bzw. sehr nah am unteren Rand, nachdem sie über weite Teile der Jahre 2022 und 2023 stets die höchste Teuerungsrate aufwiesen. Im Oktober 2022 hatte die Differenz zwischen den Teuerungsraten mit 3,1 Prozentpunkten ihren Höhepunkt erreicht, wobei damals die einkommensschwachen Haushalte mit 11,0 % (Familien) bzw. 10,5 % (Alleinlebende) die höchste Teuerung zu verkraften hatten. Einkommensstarke Alleinlebende hatten damals mit 7,9 % die mit Abstand niedrigste Inflationsrate.

Tabelle 2: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im November 2024

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,6	0,5	0,6	0,2
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,6	0,6	0,8	0,6
Haushaltsenergie	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1
Kraft- und Schmierstoffe	-0,4	-0,4	-0,1	-0,2
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,3	0,2	0,1	0,3
Freizeit und Kultur	0,1	0,2	0,1	0,2
Gastgewerbe	0,2	0,3	0,2	0,4
Übrige Konsumausgaben	0,4	0,5	0,3	0,8
Inflationsrate in %	1,6	1,8	1,8	2,2

Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.



Die sinkenden Preise für Haushaltsenergie verringern die Inflationsraten der Haushalte mit geringem Einkommen stärker als für jene mit hohem Einkommen, so wie umgekehrt auch die Belastung dieser Haushalte während der starken Verteuerung von Haushaltsenergie in den Jahren 2022 und 2023 besonders ausgeprägt war (Dullien und Tober 2024g). Haushalte mit Kindern profitieren im Durchschnitt besonders stark von den gesunkenen Kraftstoffpreisen, was die ebenfalls stärker zu Buche schlagenden verteuerten Bildungsausgaben deutlich überkompensierte. Bei einkommens-

starken Alleinlebenden und Paaren mittleren Einkommens wirkte sich der Anstieg der Preise für sogenannte Pauschalreisen in der Kategorie Freizeit und Kultur um 3,7 % mit einem Inflationsbeitrag von 0,1 bzw. 0,2 Prozentpunkten am stärksten aus. Restaurantbesuche und Übernachtungen trugen 0,4 Prozentpunkte zur Inflation von Alleinlebenden mit höherem und hohem Einkommen sowie von einkommensstarken Familien und Paaren mittleren Einkommens bei, während es bei einkommensschwachen Familien und Alleinlebenden nur 0,2 Prozentpunkte waren und bei den übrigen Haushalten 0,3 Prozentpunkte. Die Gesundheitspreise, die mit 2,8 % zulegten, wirkten sich ebenfalls merklich stärker bei den einkommensstarken Alleinlebenden aus (0,3 Prozentpunkte), verglichen mit 0,1 Prozentpunkten bei den meisten übrigen Haushalten. Demgegenüber ist der Inflationsbeitrag von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabak bei einkommensstarken Alleinlebenden geringer (0,2 Prozentpunkte), verglichen mit 0,6 Prozentpunkten bei den beiden einkommensschwachen Haushalten.

Über den langen Zeitraum von fünf Jahren betrachtet, war die Teuerungsrate im November 2024 für einkommensschwache Familien mit 20,8 % am zweithöchsten, nach Paaren mittleren Einkommens ohne Kinder (20,9 %). Paare mit Kindern und mittlerem Einkommen sowie hohem Einkommen folgten mit 20,6 % bzw. 20,5 % und Alleinerziehende mittleren Einkommens hatten eine Inflationsrate von 20,3 %. Einkommensschwache Alleinlebende hatten mit 19,9 % eine ebenso hohe Inflationsrate wie Alleinlebende mittleren Einkommens, während Alleinlebende höheren Einkommens eine etwas niedrigere Inflationsrate von 19,7 % zu verzeichnen hatten. Die niedrigste Inflationsrate hatten Alleinlebende mit hohem Einkommen (18,7 %).

Damit liefern die haushaltsspezifischen Inflationsraten ein gemischtes Bild und liegen relativ nah beieinander. Auffällig ist dabei die besonders niedrige langjährige Inflationsrate einkommensstarker Alleinlebender mit 18,7 % und einem Abstand zur zweitniedrigsten Inflationsrate von einem Prozentpunkt. Für die übrigen Haushalte liegt die Spanne der Inflationsraten bei 1,2 Prozentpunkten. Dass die Inflationsraten relativ nah beieinander liegen, obwohl die überdurchschnittlich stark gestiegenen Preise für Nahrungsmittel und Haushaltsenergie bei einkommensschwachen Haushalten besonders stark zu Buche schlagen, liegt insbesondere daran, dass unter den Dienstleistungen eben jene einen überdurchschnittlichen Preisanstieg hatten, deren Gewicht mit steigendem Einkommen zunimmt, wie Restaurantbesuche, Flugreisen, (Pauschal-)reisen, Versicherungen, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sowie Dienstleistungen für die Instandhaltung der Wohnung, und dass auch beispielsweise Pkw einen deutlichen Preisanstieg verzeichneten.

Merklich größere Abweichungen ergäben sich, wenn man nicht wie hier Durchschnittshaushalte betrachtet, sondern beispielsweise Haushalte mit Gasheizung und Ölheizung oder Wärmepumpe vergleichen würde. Die Verbraucherpreisstatistik ist zudem nur bedingt in der Lage, die tatsächliche Teuerung bei den gekauften Gütern und Dienstleistungen abzubilden, da sie von einem konstanten Warenkorb ausgeht. Tatsächlich können private Haushalte aber auf preiswertere Güter ausweichen – beispielsweise Margarine statt Butter oder Rapsöl statt Olivenöl. Auch der Wechsel von Markenware zu den Eigenmarken der Einkaufsmärkte oder von Bioprodukten zu konventionellen Produkten bietet Einsparpotenzial.

Dabei sind die Einsparmöglichkeiten gerade für die Haushalte mit geringerem Einkommen kleiner als bei Haushalten mit höheren Einkommen, wenn bereits überwiegend Eigenmarken im Nicht-Bio-Segment gekauft werden. Das gilt umso mehr als die Handelsspannen bei den

Eigenmarken geringer sind, so dass sich die Preise angenähert haben und die Spielräume für vorübergehende Preissenkungen geringer sind als im Markensegment.

Haushalte im obersten Dezil der Einkommensverteilung – für die hier exemplarisch Alleinlebende mit einem monatlichen Nettoeinkommen von über 5000 Euro (im Jahr 2018) stehen – haben darüber hinaus mehr Spielräume, die Inflation zu verkraften. Ersten leben sie zu 75,7 % in selbstgenutztem Wohneigentum und verfügen über Vermögen, was den Umstieg auf Photovoltaik, Solarthermie und Wärmepumpen erleichtert. Zweitens habe sie eine Sparquote von durchschnittlich 33 %, so dass das Konsumniveau durch verringertes Sparen aufrechterhalten werden kann, während im unteren Einkommenssegment im Allgemeinen weder ein Puffer durch eine positive Sparquote noch Vermögen existiert.

Weitere Zinssenkungen erforderlich

In den vergangenen fünf Jahren erhöhten sich die Verbraucherpreise in Deutschland insgesamt um 20,5 % und damit fast doppelt so stark, als wären sie in Einklang mit dem Inflationsziel der EZB gestiegen (10,4 %). Während für die Ausrichtung der Geldpolitik die Inflation die entscheidende Größe ist, spielt für das Konsumentenvertrauen und die Zufriedenheit der Bevölkerung auch das Preisniveau eine Rolle, und zwar selbst wenn die Einkommen ähnlich stark gestiegen sind wie die Preise. Da ein deutlicher Rückgang des Preisniveaus weder zu erwarten ist noch wünschenswert wäre, sollte die Politik zumindest vermeiden, selbst zum Preistreiber zu werden.

Das gilt umso mehr als bereits mehrere Maßnahmen beschlossen wurden, die die Inflationsrate im kommenden Jahr erhöhen, insbesondere die Anhebung des CO₂-Preises auf 55 Euro je ausgestoßener Tonne, die Erhöhung des Deutschlandtickets um 18 % auf 58 Euro, die erweiterten Abschreibungsmöglichkeiten für die Gasnetze sowie die Anhebung der Tabaksteuer und der Luftverkehrsabgabe.

Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum und der Stagnation in Deutschland sind zudem eine Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch öffentliche Investitionen und ein Ende der geldpolitischen Restriktion erforderlich. Die Zinssenkung der EZB Mitte Dezember 2024 war ein weiterer Schritt in die richtige Richtung, allerdings hat die EZB erneut zu zaghaft gehandelt. Die Inflation ist auch aus Sicht der EZB unter Kontrolle. Der noch hohe Preisauftrieb bei den Dienstleistungen dürfte insbesondere im kommenden Jahr bei sich abschwächender Lohndynamik deutlich abnehmen. Aktuell sind die Leitzinsen aber noch auf einem Niveau, das die Wirtschaft dämpft. Statt einer Nachfragedrosselung benötigt die Wirtschaft im Euroraum und insbesondere in Deutschland einen positiven Nachfrageschub, der ein günstiges Umfeld für Investitionen schafft, da nur mit Investitionen und Innovationen die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bewältigen und die Realeinkommen der Bevölkerung zu steigern sind.

Anhang

Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken (Dullien und Tober 2024a-i; Dullien und Tober 2023a-i; Tober 2023). Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullien und Tober 2023b).

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.



Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).⁷ Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch

⁷ Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020 b, S. 100 und S. 124).

Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Die haushaltsspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststättendienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.



Literatur

- Bafin (2023): [Teure Schäden: Müssen Versicherer ihre Beiträge erhöhen und ihre Inflationsannahmen überarbeiten?](#) BaFin Journal. Frankfurt/M., 12. Dezember.
- Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2024): [Wirtschaftsflaute dauert an: Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2024/2025](#). IMK Report 192, September.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023a): [IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023](#). IMK Policy Brief Nr. 146, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023b): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch](#). IMK Policy Brief 148, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023c): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten](#). IMK Policy Brief Nr. 150, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023d): [IMK Inflationsmonitor: Basiseffekte überlagern Abwärtstendenz der Inflation - Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Juni 2023 sinken leicht](#). IMK Policy Brief Nr. 154, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation und Kerninflation setzen zaghafte Abwärtstrend fort – Inflationsunterschiede zwischen den Haushalten im Juli 2023 sinken auf einen Prozentpunkt](#). IMK Policy Brief Nr. 156, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023g): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend](#). IMK Policy Brief Nr. 159, Oktober.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023h): [IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug](#). IMK Policy Brief Nr. 160, November.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen](#). IMK Policy Brief Nr. 162, Dezember.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024a): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt von 8,7 % auf 3,7 % im Verlauf von 2023](#). IMK Policy Brief Nr. 163, Januar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024b): [IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024](#). IMK Policy Brief Nr. 164, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024c): [IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig](#). IMK Policy Brief 164, März.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität](#). IMK Policy Brief 166, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt wegen höherer Mehrwertsteuer auf Erdgas im April bei 2,2 % – Kernrate sinkt deutlich](#). IMK Policy Brief 169, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt](#). IMK Policy Brief 170, Juni.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %](#). IMK Policy Brief 172, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024h): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2024 mit 2,3 % leicht höher](#). IMK Policy Brief 174, August.

- Dullien, S. / Tober, S. (2024i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im August 2024 auf 1,9 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %](#). IMK Policy Brief 177, September.
- Eurostat (2018): [Harmonised Index of Consumer Prices \(HICP\)](#). Methodological Manual. Luxemburg, November.
- Statistisches Bundesamt (2023): [Hintergrundpapier zur Revision des Verbraucherpreisindex für Deutschland 2023](#). Wiesbaden, 22. Februar.
- Statistisches Bundesamt (2020a): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018](#). Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2020b): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte](#). FS 15, H. 4, 23, April, Wiesbaden.
- Tober, S. (2022): [IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation?](#) IMK Policy Brief Nr. 114, Januar.
- Tober, S. (2023): [IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023](#). IMK Policy Brief 147, März.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau](#). IMK Policy Brief 178, Oktober.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland im Oktober 2024 bei 2 %, Nahrungsmittel 37,1 % teurer als vor fünf Jahren](#). IMK Policy Brief 182, November.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
